

Keine Bundeswehr an Schulen (Beschluss der Berliner SPD)

Interview in Der Sonntag, Freiburg Lokales, S. 9, vom 7. April 2019

„Das ist ein positives Zeichen der Genossen“

Hagen Battran von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum Beschluss der Berliner SPD, die BUNDESWEHR dürfe an Schulen nicht mehr werben

Die Berliner SPD will Auftritte der Bundeswehr in Schulen verhindern und erntet dafür viel Kritik. Der Freiburger Friedens-Aktivist Hagen Battran von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verteidigt im Interview den sozialdemokratischen Vorstoß.

Der Sonntag: *Wie bewerten Sie die Haltung der Berliner SPD, sich an den Schulen für ein Werbeverbot der Bundeswehr einzusetzen?*

Als jemand, der mit großer Sorge die rasant wachsende Betonung des Militärischen in der Innen- und Außenpolitik Deutschlands und Europas sieht und bestürzt beobachtet, wie wenig Widerspruch diese kriegsgefährliche Entwicklung in den Medien und in der Gesellschaft findet, sehe ich im Beschluss der SPD ein positives Zeichen. Hoffentlich verstärkt er die Wirkung der Kampagne "Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr", die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie anderen Organisationen am "Girls Day" gestartet worden ist. Denn auch an diesem bundesweiten Tag der Berufsorientierung für Mädchen umwarb die Bundeswehr Schülerinnen ab der fünften Klasse mit mehr als 3 600 Angeboten.

Der Sonntag: *Die Bundes-SPD rudert zurück und vertritt die Ansicht, zu sicherheitspolitischen Diskussionen mit Schülern können Jugendoffiziere auch künftig in Schulen auftreten. Sehen Sie auch diese als Problem?*

Zum besseren Verständnis: Mit ihrem Beschluss kann die Berliner SPD die Jugendoffiziere gar nicht meinen. Berlin hat gar keine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Senat und der Bundeswehr wie acht andere Bundesländer. In den Kooperationsvereinbarungen indes ist ausdrücklich formuliert, dass die Jugendoffiziere nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben dürfen.

Der Sonntag: *Wer ist dann für die kritisierte Werbung verantwortlich?*

Wen die Berliner Genossen primär im Blick gehabt haben dürften, sind die mindestens 600 Karriereberater der Bundeswehr, deren einzige Aufgabe es ist, für den zivilen und den militärischen Dienst in der Bundeswehr zu werben. 2017 haben die Karriereberater laut Angaben eines Ministeriumssprechers an rund 1 500 solcher Veranstaltungen teilgenommen, die meist unter dem Stichwort "Berufsorientierung" an Schulen stattfanden. Noch verheerender für die Kinder und Jugendlichen dürfte die Bundeswehrwerbung auf Plakaten und in den sozialen Medien sein, die unter dem übergreifenden Motto "Mach, was wirklich zählt!" suggeriert, die Bundeswehr könne Kindern und Jugendlichen ein tragfähiges sinnstiftendes Fundament für ihr Leben geben.

Der Sonntag: *Was zeichnet dagegen die Auftritte der Jugendoffiziere in den Schulen aus?*

Jugendoffiziere haben seit 1958 den Auftrag, die Bundeswehr als notwendig im Rahmen der jeweils aktuellen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik überzeugend darzustellen. Es gehört nicht zu ihrem Auftrag, die Bundeswehr und überhaupt militärische

Konfliktbearbeitungsstrategien in Frage stellen zu lassen. Damit verhindern sie, dass in den Schulen angemessen und gründlich über diese entscheidende Frage diskutiert wird. Diese Diskussion in Öffentlichkeit und Schule zu unterbinden, ist seit den ersten Debatten um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ein wichtiges Ziel aller Bundesregierungen gewesen.

Der Sonntag: *Anstößig empfand man den Begriff "militärische Organisation" im SPD-Beschluss. Als wäre die Bundeswehr keine in der Verfassung verankerte Parlamentsarmee, sondern eine Miliz . . .*

Die Bundeswehr ist keine Miliz. Es ist gut, sie als "Parlamentsarmee" zu bezeichnen, weil sie damit an demokratischen Maßstäben gemessen werden kann und muss. Die regelmäßige Verlängerung der Auslandseinsätze ohne ernsthafte Debatte im Bundestag und die immer wieder aufkommenden Überlegungen, wie der vom Bundesverfassungsgericht verordnete Parlamentsvorbehalt abgeschwächt beziehungsweise abgeschafft werden könnte, stärken aber nicht gerade das Vertrauen in das demokratische Potenzial unserer Sicherheitspolitik.

Der Sonntag: *Ist der Bundeswehr-Dienst aus Ihrer Sicht tatsächlich ethisch fragwürdig?*

Angesichts des unendlichen Leids, das Kriege zu allen Zeiten über die Menschen gebracht haben, und angesichts der realistischen Perspektive, dass das aberwitzige Auf- und Wetrüsten vor allem der Nato-Staaten zu einem dritten, letzten Weltkrieg führen könnte, halte ich alle Bemühungen für ethisch geboten, die darauf abzielen, Krieg und Militär aus der Welt zu verbannen.

Der Sonntag: *Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik steht aber in der Nato in der Kritik wegen zu geringer Sensibilität für die Sicherheitsbedürfnisse mancher Verbündeten, zu wenig Bereitschaft, sich an internationalen Einsätzen zu beteiligen, zu niedrigen Rüstungsausgaben. Ist diese Kritik aus Ihrer Sicht eigentlich ein Gütesiegel der deutschen Politik?*

Meiner Meinung nach kann diese Kritik nicht der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gelten, denn die tut ja gerade alles, um den hier erhobenen Vorwürfen abzuwehren. Immer deutlicher werden die Umrisslinien eines Europas unter deutsch-französischer Führung, das sich in der multipolaren Welt zwischen USA, China und Russland behaupten soll. In Litauen stehen 1 000 Nato-Soldaten unter deutscher Führung, und zur schnellen Verlegung von Truppen nach Osten soll das Nato-Logistikkommando in Ulm entstehen. Außer Libyen und Irak kenne ich keine Fälle, in denen die deutsche Politik Auslandseinsätze der Bundeswehr verweigert hätte. Und immer wieder bekräftigt die Bundesregierung das Ziel, jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben, das sind 80 bis 85 Milliarden Euro pro Jahr. In meinen Augen ist also nicht die Bundesregierung zu loben, sondern die stabile Mehrheit der Bevölkerung, die diesen Weg in den Krieg nicht mitgehen will.

Das Gespräch führte Toni Nachbar